

22.06.2015

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

EU-Vertragsverletzungsverfahren: Bundesregierung muss sich von Plänen für die Pkw-Maut endlich verabschieden, statt sie zu verschieben

Begründung

Wie die europäische Kommission am 18. Juni mitteilte wird sie wegen der Einführung der Pkw-Maut ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland einleiten. In der Folge wich Bundesverkehrsminister Dobrindt von seiner bisherigen Linie ab und erklärte, die Einführung der Pkw-Maut bis zum Ende des Vertragsverletzungsverfahrens zu verschieben.

Die Pkw-Maut bei gleichzeitiger Senkung der Kfz-Steuer dominiert die verkehrspolitische Debatte, obwohl sie kaum nennenswerte Einnahmen bringen oder gar zu Verlusten führen soll. Anstatt sich an den Forderungen der Verkehrsministerkonferenz zu orientieren, welche diese auf Basis der Daehre- und der Bodewig-Kommission erarbeitet hat, verwendet der Bundesverkehrsminister seine Energie auf die Einführung einer unnützen und schädlichen Pkw-Maut.

Das Land Nordrhein-Westfalen lehnt die Pkw-Maut als sozial ungerecht, verkehrs-, wie wirtschaftspolitisch verfehlt und europapolitisch rückwärtsgewandt ab.

Die Pkw-Maut würde insbesondere NRW schaden, das sich in Nachbarschaft zu den mautfreien Ländern Belgien und Niederlande befindet. Dass über einen Trick nur ausländische Fahrzeughalter zur Kasse gebeten werden sollen, hat die EU-Kommission zu Recht auf den Plan gerufen. Denn diese Pkw-Maut widerspricht nicht nur den Prinzipien der guten Nachbarschaft, sondern auch den Prinzipien des EU-Rechts.

Für eine nachhaltige Verkehrspolitik wäre es das beste Signal, wenn die Bundesregierung endlich auf die Pkw-Maut verzichtet.

Datum des Originals: 22.06.2015/Ausgegeben: 22.06.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Durch das von der EU bekannt gegebene Verfahren und die Entscheidung des Bundesverkehrsministers vom 18. Juni, die Einführung der Maut zu verschieben, droht die verkehrspolitische Debatte weiter blockiert zu werden. Das kann sich insbesondere NRW nicht leisten. Als Bundesland mit erheblichem Anteil europäischen Transitverkehrs und als bedeutender Wirtschaftsstandort braucht NRW vom Bund endlich eine verlässliche Perspektive: Der Bund muss seine Verkehrswege in NRW ordentlich instand halten und umweltfreundliche Verkehrswege ausbauen. Bröckelnde Autobahnbrücken, marode Schienenbrücken und defekte Schleusen schaden unserem Land. Wenn diese Probleme nun weiterhin vom Bund nicht angegangen werden, wird sich der Schaden für Menschen, Umwelt und Wirtschaft noch vergrößern.

Daher sollte der Landtag die Konsequenzen aus den aktuellsten Entwicklungen auf Bundesebene für die verkehrspolitischen Perspektiven umgehend debattieren.

Norbert Römer
Marc Herter

und Fraktion

Mehrdad Mostofizadeh
Sigrid Beer

und Fraktion